



An den Grossen Rat

24.5071.02

JSD/P245071

Basel, 27. März 2024

Regierungsratsbeschluss vom 26. März 2024

Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 6. März 2024)

«Am zweiten Drogenstammtisch, der von Bajour und dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel am 25.1.2024 organisiert wurde, teilte Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann neben anderen Massnahmen auch mit, dass in Zukunft die beiden öffentlichen Schulen an der Dreirosenmatte, also die Primarschule Dreirosen und die Sekundarschule Theobald Baerwart, von Sicherheitspersonal bewacht werden sollen. Dies sei eine Reaktion darauf, dass Schüler:innen teilweise sogar auf den Schultoiletten von Dealern angesprochen werden und es zu Fällen von sexueller Belästigung gekommen sei (BaZ, 26.1.2024). Wie Regierungsrätin Eymann gegenüber dem Regionaljournal sagte: «Selbst Zehnjährige werden angedeutet oder auf dem Schulweg sexuell belästigt. Das ist schlicht nicht normal».

Tatsächlich sind diese Darstellungen der Situation an den beiden Schulen neben der Dreirosenmatte sehr besorgniserregend. Mit der Feststellung, dass die Zustände dort schlicht nicht mehr «normal» seien, wird begründet, dass nun eine ebenfalls mit der Normalität brechende Massnahme, nämlich die Bewachung öffentlicher Schulen des Kantons Basel-Stadt, eingeführt wird. Bis heute fehlt aber eine sachliche und faktenbasierte Darlegung der effektiven Vorfälle, auf die Bezug genommen wird, um eine solch aussergewöhnliche Sicherheitsmassnahme zu begründen. Die diesbezüglich gestellten Fragen in der Interpellation von Beda Baumgartner (24.5047.01) blieben allesamt unbeantwortet.

Der Interpellantin haben sich im Austausch mit betroffenen Personen aus dem Schulumfeld im Anschluss an die Ankündigung der Massnahmen weitere Fragen gestellt: Zum einen seien sich Lehrpersonen an den betroffenen Schulen der Situation, namentlich dem Dealern auf den Schultoiletten, bislang offenbar nicht bewusst gewesen. Zum anderen berichten betroffene Eltern, dass die Bewachung der Schulen in einem Elternrat diskutiert worden sei, als ungeeignete Massnahme aber verworfen wurde – und zwar aus dem Grund, dass die Präsenz von Sicherheitsleuten den Kindern eher Angst als Sicherheit vermitteln würde.

Die Interpellantin bittet die Regierung vor diesem Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was ist die konkrete Faktenlage, die die Bewachung der beiden öffentlichen Schulhäuser durch Sicherheitspersonal begründet? Wer hat alles zur Erarbeitung dieser Faktenlage beigetragen?
2. Wurde die Massnahme der Bewachung der Schulhäuser mit dem Erziehungsdepartement besprochen und gemeinsam beschlossen?
 - a. Wenn ja, warum wurde trotz Nachfrage verschiedener Medien bislang keine Stellungnahme des Erziehungsdepartements zu der Bewachung zweier Schulen kommuniziert?
 - b. Wurden die betroffenen Schulleitungen, Schulräte, Elternräte und Eltern angehört und in die Diskussion der Massnahme involviert?
 - c. Wurden auch andere Massnahmen zur Verbesserung der Situation an den beiden Schulen diskutiert?

3. Wie und von wem wurden die Vorfälle bezüglich sexueller Belästigung von Schulkindern zur Kenntnis gebracht?
 - a. Liegen Anzeigen vor?
 - b. Von wie vielen Fällen wird Stand jetzt ausgegangen?
 - c. Lassen sich Muster erkennen bezüglich Ort, Zeitpunkt und Täterschaft und wenn ja, welche? Hilft die Bewachung der Schulen gegen weitere Vorfälle?
 - d. Wie wurden die betroffenen Kinder, Eltern und Lehrpersonen in diesen Fällen unterstützt und begleitet?
4. Welche weiteren Massnahmen werden neu an den beiden Schulen getroffen, um die Kinder bezüglich sexueller Belästigung (im öffentlichen wie im privaten Raum) zu sensibilisieren und zu stärken, etwa durch Wen-Do oder andere Kursangebote?
5. Wie und von wem wurde das Dealen mit Drogen auf den Schultoiletten zur Kenntnis gebracht?
 - a. Wurden Anzeigen erstattet?
 - b. Seit wann ist das Dealen innerhalb der beiden Schulhäuser als Problem bekannt? Um welche Drogen handelt es sich konkret?
 - c. Offenbar sind Lehrpersonen der betroffenen Schulhäuser nicht über das Dealen innerhalb der Schulen informiert. Gab es Informationen von der Schulleitung ans Kollegium?
 - d. Welche weiteren Massnahmen werden an den Schulen getroffen, um die Kinder für die aktuelle Situation mit dem Drogendealen zu sensibilisieren?
6. Ist bereits bekannt, ab wann, durch wen, in welchem konkreten Umfang und für wie lange die beiden Schulhäuser bewacht werden sollen?
 - a. Was ist das Ziel der Massnahme und wie kann die Erreichung des Ziels gemessen werden?
 - b. Wie kann die Nachhaltigkeit der Massnahme gewährleistet werden?
 - c. Wer begleitet und evaluiert die Umsetzung und Effekte der Massnahme?

Fleur Weibel»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Zu den einzelnen Fragen

1. *Was ist die konkrete Faktenlage, die die Bewachung der beiden öffentlichen Schulhäuser durch Sicherheitspersonal begründet? Wer hat alles zur Erarbeitung dieser Faktenlage beigetragen?*

Die Situation auf der Dreirosenanlage, dem Matthäuskirchplatz, dem Claraplatz und in der Klybeckstrasse war in den Sommermonaten sehr angespannt. Es häuften sich Gewalttaten, Betäubungsmittelkonsum und -handel sowie Eigentumsdelikte. Die angespannte Sicherheitslage war auch an den nahegelegenen Schulen spürbar. Es kam vermehrt zu Lärm und zu Verunreinigungen durch Spritzen, Müll oder Fäkalien. Kinder und Schulpersonal wurden wiederholt Zeugen von Gewalt, bedrohlichen Situationen, Streit oder Drogendeals und waren mit aggressiv auftretenden Personen im Umfeld der Schulen konfrontiert. Das Sicherheitsgefühl war bei den Schulkindern, in der Nachbarschaft und beim Schulpersonal stark beeinträchtigt.

Vorfälle auf dem Schulgelände selbst waren – nebst den Verunreinigungen – selten. Eine Person, welche unter dem Einfluss von Drogen stand, drang ins Lehrpersonenzimmer des Horburgschulhauses ein und es kam zu einem Entwendungsdiebstahl. Im Weiteren wurde einer Lehrperson Schulmaterial entwendet. Ferner hat sich im Schulhaus Dreirosen eine unter Drogeneinfluss stehende Person auf die Toilette begeben und musste von der Schulleitung weggeschickt werden. Ausserdem wurde in den Ferien in einen Kindergarten eingebrochen. Darüber hinaus meldeten einzelne Eltern, dass Kinder insbesondere auf dem Schulweg «angedealt» und sexuell belästigt worden seien.

Mit welchen Massnahmen die Sicherheit an den Schulhäusern und in deren Umfeld verbessert werden kann, wurde im Austausch zwischen den Schulen und der Kantonspolizei wiederholt diskutiert. Im Dezember 2023 fand ein Hearing für Schulmitarbeitende statt, an dem neben dem Leiter Volksschulen und der Leiterin Primarstufe auch der Kommandant der Kantonspolizei teilnahm. Die Mitarbeitenden hatten Gelegenheit, ihre Sorgen und Anliegen zu deponieren.

Wie die Situation im unteren Kleinbasel generell verbessert werden kann, wurde auch von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe diskutiert, welche im Auftrag des Regierungsrats Massnahmen zur Eindämmung des Handels und Konsums von Betäubungsmitteln sowie zur Stabilisierung der Sicherheitslage erarbeitet hat. In diesem Gremium nahm ebenfalls eine Vertretung der Volksschulen Einsitz. Auf Basis der Vorschläge dieser interdepartementalen Arbeitsgruppe beschloss der Regierungsrat ein Massnahmenpaket. Dieses beinhaltet unter anderem finanzielle Mittel für private Sicherheitsdienste.

2. *Wurde die Massnahme der Bewachung der Schulhäuser mit dem Erziehungsdepartement besprochen und gemeinsam beschlossen?*

Ein Elternrat hat in einem Brief an den Schulrat die Bewachung der Schulen als Idee formuliert. Die Idee wurde auch als Anliegen in die oben genannten Gremien, welche breit abgestützt sind, eingebracht und besprochen.

a. *Wenn ja, warum wurde trotz Nachfrage verschiedener Medien bislang keine Stellungnahme des Erziehungsdepartements zu der Bewachung zweier Schulen kommuniziert?*

Die Kommunikation über das Massnahmenpaket zur Verbesserung der Situation im unteren Kleinbasel erfolgte am 15. März 2024 durch den Regierungsrat.

b. *Wurden die betroffenen Schulleitungen, Schulräte, Elternräte und Eltern angehört und in die Diskussion der Massnahme involviert?*

Ja, siehe Antworten 1 und 2a.

c. *Wurden auch andere Massnahmen zur Verbesserung der Situation an den beiden Schulen diskutiert?*

Ja. Diskutiert wurden Ideen wie Einzäunungen oder ein Sichtschutz sowie Prävention im Sinne von Empowerment der Kinder. Derzeit wird in Zusammenarbeit mit der Jugend- und Präventionspolizei geprüft, inwiefern die Schülerinnen und Schüler noch besser befähigt werden können, mit der angespannten Situation rund um die Schulhäuser umzugehen und sich entsprechend zu verhalten. Bereits umgesetzt wurde als Massnahme die personelle Aufstockung der Pausenaufsicht, so dass die Kinder Ansprechpersonen haben, wenn sie etwas beschäftigt.

3. *Wie und von wem wurden die Vorfälle bezüglich sexueller Belästigung von Schulkindern zur Kenntnis gebracht?*

Vorfälle von sexuellen Belästigungen auf dem Schulweg wurden von einzelnen Eltern erwähnt, unter anderem gegenüber dem Schulpersonal. Auch wurde das Thema in den Elternräten diskutiert. Eingebracht wurde das Thema auch am Drogenstammtisch vom 25. Januar 2024, welcher vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel organisiert wird.

a. *Liegen Anzeigen vor?*

Der Regierungsrat hat keine Kenntnis von Anzeigen.

b. Von wie vielen Fällen wird Stand jetzt ausgegangen?

Auf dem Schulgelände wird von keinem Vorfall ausgegangen. Wie oft es im Umfeld der Schulen zu einzelnen Vorfällen kommt, kann nur schwer abgeschätzt werden.

d. Lassen sich Muster erkennen bezüglich Ort, Zeitpunkt und Täterschaft und wenn ja, welche? Hilft die Bewachung der Schulen gegen weitere Vorfälle?

Siehe Beantwortung der Frage 6.

e. Wie wurden die betroffenen Kinder, Eltern und Lehrpersonen in diesen Fällen unterstützt und begleitet?

Die Lehrpersonen thematisieren Ängste und Fragen der Kinder situationsangepasst, altersgerecht und mit der gebotenen Sensibilität. Die Lehrpersonen bzw. die Schulleitung stehen in engem Austausch mit dem Community Policing Kleinbasel. Dieser Austausch ist konstruktiv und gewinnbringend. Wie bereits erwähnt, wird derzeit geprüft, wie die Kinder im Umgang mit der angespannten Situation noch besser unterstützt werden können.

4. Welche weiteren Massnahmen werden neu an den beiden Schulen getroffen, um die Kinder bezüglich sexueller Belästigung (im öffentlichen wie im privaten Raum) zu sensibilisieren und zu stärken, etwa durch Wen-Do oder andere Kursangebote?

Grundsätzlich ist die sexuelle Aufklärung Bestandteil des Lehrplans 21 und wird ein erstes Mal bereits im Kindergarten thematisiert. Speziell zu sexueller Belästigung findet in der dritten Primar-klasse das obligatorische Programm «Mein Körper gehört mir» statt. Alle Schülerinnen und Schüler besuchen in diesem Rahmen eine interaktive Ausstellung. Auch die Eltern werden einbezogen. Alle Lehrpersonen sind verpflichtet, einen Sensibilisierungsanlass zum Thema Prävention vor sexueller Gewalt an Kindern zu besuchen. Für ältere Schülerinnen und Schüler gibt es weitere Programme. Die dem Regierungsrat zur Erfüllung überwiesene Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen» verlangt eine Stärkung der Präventionsmassnahmen betreffend sexualisierte und öffentliche Gewalt an den Schulen. In seiner Stellungnahme hat der Regierungsrat ein Konzept «Prävention gegen sexualisierte Gewalt an den Volksschulen» in Aussicht gestellt. Dieses Konzept wird zurzeit von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe erarbeitet.

5. Wie und von wem wurde das Dealen mit Drogen auf den Schultoiletten zur Kenntnis gebracht?

Die Schulen und die Kantonspolizei haben Kenntnis von Drogendeals, welche unmittelbar vor den Schulhäusern stattfinden. Deals finden beispielsweise direkt vor der Scheibe zwischen Pausenhof und Dreirosenmatte statt, wo sie vom Pausenhof aus gut beobachtet werden können. Es ist zudem vorgekommen, dass sich Personen unter Drogeneinfluss auf dem Schulgelände aufgehalten haben und/oder Drogen auf dem Gelände konsumieren wollten.

a. Wurden Anzeigen erstattet?

Der Regierungsrat hat keine Kenntnis von Anzeigen.

- b. *Seit wann ist das Dealen innerhalb der beiden Schulhäuser als Problem bekannt? Um welche Drogen handelt es sich konkret?*
- c. *Offenbar sind Lehrpersonen der betroffenen Schulhäuser nicht über das Dealen innerhalb der Schulen informiert. Gab es Informationen von der Schulleitung ans Kollegium?*

Wie in der Antwort zur Frage 5 bereits geschildert, geht es um Drogendeals, welche im Umfeld der Schulen stattfinden.

- d. *Welche weiteren Massnahmen werden an den Schulen getroffen, um die Kinder für die aktuelle Situation mit dem Drogendealen zu sensibilisieren?*

Analog zum Thema der sexuellen Belästigung wird auch das Thema Drogen situations- und altersgerecht u.a. durch die Lehr- und Fachpersonen mit den Schülerinnen und Schülern aufgegriffen. Wie weiter oben bereits beschrieben, wird derzeit geprüft, inwiefern die Schülerinnen und Schüler noch besser im Umgang mit entsprechenden Personengruppen befähigt werden können.

- 6. *Ist bereits bekannt, ab wann, durch wen, in welchem konkreten Umfang und für wie lange die beiden Schulhäuser bewacht werden sollen?*
 - a. *Was ist das Ziel der Massnahme und wie kann die Erreichung des Ziels gemessen werden?*
 - b. *Wie kann die Nachhaltigkeit der Massnahme gewährleistet werden?*
 - c. *Wer begleitet und evaluiert die Umsetzung und Effekte der Massnahme?*

Der Regierungsrat hat am 15. März 2024 kommuniziert, dass die Situation im unteren Kleinbasel mit einem Massnahmenpaket verbessert werden soll. Eine der Massnahmen beinhaltet den vermehrten Einsatz von privatem Sicherheitspersonal. Dieses soll an unterschiedlichen Orten im unteren Kleinbasel zum Einsatz kommen und dadurch die Sicherheitslage etwas stabilisieren. Dies wiederum sollte – zusammen mit den anderen beschlossenen Massnahmen und der hohen Polizeipräsenz – eine spürbare Verbesserung rund um die Schulhäuser zur Folge haben. Die Positionierung von Sicherheitspersonal direkt vor oder in den Schulhäusern kann vorübergehend sinnvoll sein, wenn es zu Vorfällen auf einem Schulareal kommt, welche die unmittelbare Präsenz von uniformiertem Sicherheitspersonal erfordern.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Conradin Cramer
Regierungsrat



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin